

MBI

Mülheim, quo vadis? Verraten und verkauft?

Rück- und Ausblick von 2004 auf 2005:

Wurschteln bis der Arzt kommt?

Das Mülheimer Mauschelelprinzip und seine Folgen

Das Neueste:

so dass am 13. Januar eine Sondersitzung des Hauptausschusses stattfinden wird.

Auf der Tagesordnung:

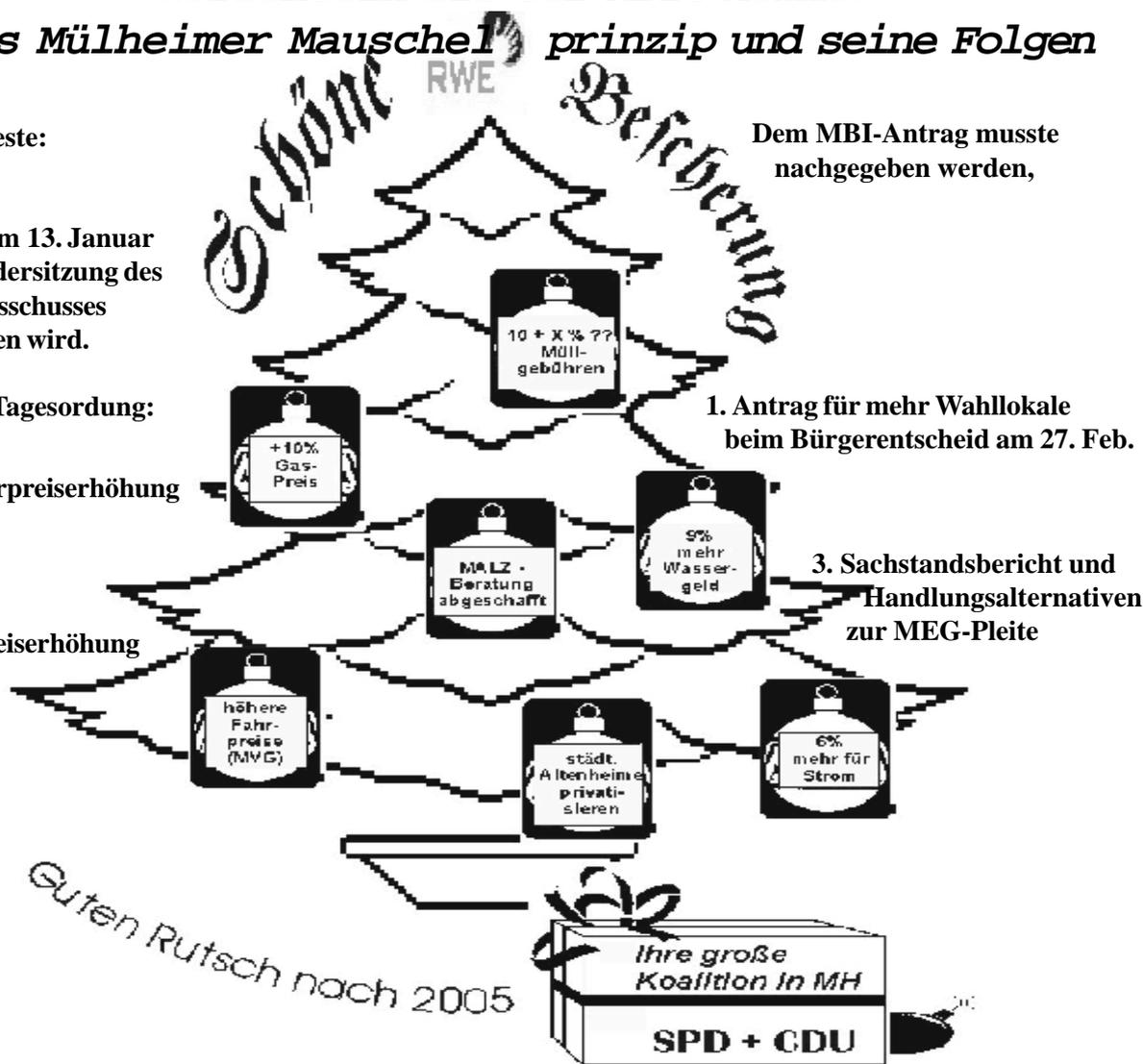
2. Wasserpreiserhöhung

4. Gaspreiserhöhung

Dem MBI-Antrag musste nachgegeben werden,

1. Antrag für mehr Wahllokale beim Bürgerentscheid am 27. Feb.

3. Sachstandsbericht und Handlungsalternativen zur MEG-Pleite



Doch zurück zum Rückblick auf das Krisenjahr 2004

Zuallererst das positivste: die MBI konnten nach dem bösartigen Wählerbetrug durch den Yassine-Überlauf zur SPD in 2001 sage und schreibe 36 Monate auch ohne einen Cent Fraktionsgelder nur über viele Kleinspenden Arbeit und Geschäftsstelle weiterführen, und das in einem insgesamt recht feindlichen Umfeld. 7200 Wähler/innen, also fast doppelt so viele wie 1999, honorierten das und zeigten damit, dass die Isolierungs- und Diffamierungsstrategie nicht aufging.

Ansonsten aber düstere Wolken am Horizont von nah und fern, von Hartz bis Haushaltskatastrophe, von umgestülpter demografischer Kurve bis zu unserer OB, die sich immer mehr zu einer Art "Donna Berlusconi" entwickelte.

Mülheim, was nun? mehr zu dem heftigen Mülheimer Herbst 2004:

Verraten und verkauft? Beispiel 1: Die Mißachtung der Wahlergebnisse auf S. 2

Verraten und verkauft? Beispiel 2: Heimerde auf S. 3

Verraten und verkauft? Beispiel 3: Friedhofsruhe zur unsicheren Zukunft der ALG II-Empfänger? auf S. 4

Ausguck auf 2005: Warum Clement für Mülheim kein Optionsmodell sein kann! auf Seite 4

Es gab vier entscheidende Stichtage, die symptomatisch sind für 2004, an denen aber auch Filz, Korruption, Lüge, Ablenkungsmanöver und abgekartetestes Spiel fast-mafiotische Vorgänge andeuteten:

- 1 Ratsitzung am 26. Februar: Bürgerbegehren gegen die Ruhrbania-Ruhrpromenade mit unfairsten Tricks ausgebremst, als Paradebeispiel wie Bürgerbegehren und -willen bürokratisch unmöglich gemacht werden können,
- 2 Kommunalwahl am 26. September: Reaktion der OB+ SPD-Vorsitzenden noch am Wahlabend auf den phänomenalen MBI-Erfolg: Ausgrenzung, Diffamierung, Drohungen
- 3 Konstituierende Ratsitzung am 14. Okt. zum Weglaufen und zum Kotzen: Alle Inhalte weggestimmt, alle Ausschüsse grundgesetzwidrig gebildet und die CDU agiert ohne Not als Steigbügelhalter wie eine Blockpartei in der untergegangenen DDR.
- 4 Ratssitzung am 2. Dez.: Einbringung des Haushaltsentwurfs 2005: Offenbarungseid für Finanzen und Mölm'sche Demokratie: "Nichts hören, nichts reden wollen und weiter wie gehabt?"



"Stopp den Ausverkauf: Mülheim gehört uns!"

Bürgerentscheid am 27. Feb. 2005 zur Frage: "Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge (....) Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?"

Verraten und verkauft? - Beispiel 1: Mißachtung von Wählern und Wahlergebnissen

Nach den Wahlen genau wie vor den Wahlen?

Ein Wahlkampf, in dem die Parteien über unterschiedliche Konzepte oder Lösungsvorschläge für die enormen und vielfältigen Probleme gestritten hätten, fand in Mülheim vor dem 26. Sept. nicht statt.

Anstelle dessen in den Monaten davor events auf Kosten der Stadt, die dauernde Eröffnung neuer Baustellen zu Beschlüssen, die z.T. schon viele Jahre alt, lange bewusst blockiert und überfällig waren (z.B. Saarner Str. oder der dilettantische Linksabbieger zur Schlossbrücke) und Sauberkeitsaktionen von SPD+Verwaltung. So sollte die Bevölkerung bei Laune gehalten und der Eindruck vermittelt werden, alles sei im Griff. Das Thema Ruhrbania wurde ganz klein gekocht, Hartz IV, Haushaltskatastrophe, MEG-Debakel und andere dicke Probleme einfach außen vor gelassen.

Überwältigende Mehrheiten waren damit aber nicht mehr zu holen. SPD und noch mehr die CDU verloren zusammen ca. 10.000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung fiel nur deshalb nicht drastisch unter 50%, weil vor allem die MBI, obwohl über Jahre nur stigmatisiert und diffamiert, deutlich zulegen konnten.

Doch schon am Wahlabend erklärten OB und SPD, mit den MBI nicht zu sprechen, da sie nur Neinsager seien, die zudem ihren Raum am Wahlabend nicht aufgeräumt hätten. Kindergarten pur, im Rat von Mülheim a. d. Ruhr?

Was sich seitdem aber abspielt, ist unglaublich, aber Mülheim!

Im Crash-Kurs und wie in Torschusspanik (nach uns die Sintflut?) versuchen OB und Verwaltung, noch alles durchzusetzen, was sie sich mit Ruhrbania in den Kopf gesetzt haben, koste es was es wolle und sei es noch so unrealistisch! Ohne Augenmaß wie ein Panzer im Rückwärtsgang wird fast alles, was links und rechts am Wegesrand nicht zu den direkten Ruhrbania-Plänen gehört, ignoriert oder darüber hinweggefahren:

- sei es die Umsetzung der Wahlergebnisse in entsprechende Ausschusszusammensetzungen
- sei es die Arbeitslosenberatung im MALZ, mit dem Mülheimer Optionsmodell zu Hartz IV nötiger als je
- seien es die verheerenden Naturbaderfahrten im Mettmanner Referenzbad für Styrum
- sei es der Verkauf der Heimerde durch Thyssen-Krupp
- seien es etliche Ungesetzlichkeiten und Dauerprobleme an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet
- sei es die Zukunft der heruntergewirtschafteten MEG bei Verkauf von RWE-Umwelt und Cleenawy-Chaos
- sei es das Bürgerbegehren gegen weiteren Verkauf städtischer Daseinsvorsorge wie Altenheime
- sei es Mülheims Renommee bei dem Filmmuseum in der Camera Obscura und dem Sammler Nekes
- seien es die saftigen Preis- und Gebührenerhöhungsorgien des RWE-Konzerns und seiner Töchter
- seien es

alles kein Thema, wenn notgedrungen über MBI-Anträge doch, wird ätzend diffamiert oder sich ausgeschwiegen



Ziemlich gespenstisch war u.a., dass direkt nach Einbringung des nächsten Katastrophenhaushalts und überdeutlicher erneuter RP-Schelte zur Haushaltsführung die Medienhaus-Ausschreibung für das heutige Bürgeramt, dafür Büchereiabriss und Anmietung von ex-Möbel-Nohlen für die nächsten 25 Jahre für das Bürgeramt beschlossen.

Alle Ratsitzungen und ein Teil der Ausschüsse waren bisher reine Farce und abschreckend. Auf der Strecke blieb vor allem das Ansehen der Demokratie und die Hoffnung, dass in Mülheim mit Vernunft die jeweils besten Lösungen gesucht werden.

Im Versteckspiel um global player sein Parteien drückten

In der großen Bürgerten Krug zur Heimaterde in dass die Heimaterde in Nun ist es soweit:



die Zukunft der Heimaterde hat der Etappenziel erreicht. Stadt und wissenden Auges beide Augen zu!

versammlung im Jahre 2000 im völlig überfüllte kündigten die Thyssen-Krupp-Vertreter an, ca. 5 Jahren im großen Stile verkauft werde.

Thyssen-Krupp hat nun seine gesamte

Immobilienpartie verkauft an ein Konsortium bestehend aus der amerikanischen Bank Morgan-Stanley und der Immobiliengruppe Corpus. Ca. 4000 Wohnungen in Mülheim, davon 900 in der Heimaterde, wechseln damit den Besitzer. Was damit genau auf die Mieter und die Stadt zukommt, weiß keiner. Die Stadt Mülheim und hier insbesondere OB und SPD haben die Chance, z.B. über den MWB zu versuchen, zumindest die Heimaterde unter Mülheimer Kontrolle zu bekommen, mit voller Absicht verstreichen lassen. Bereits auf der Bürgerversammlung am 15. Sept. gingen sie auf dahingehende Vorschläge einfach nicht ein. Die Art und Weise, wie dann der entsprechende MBI-Antrag vertagt, weggestimmt und dann im Planungsausschuss eher miß- als behandelt wurde, ist an Ignoranz und Arroganz nur schwer zu überbieten!

Kurzum: Die Frage stellt sich neu, welcher Kuhhandel um die Heimaterde stattgefunden hat, dass derartige Ablenkungsmanöver nötig wurden! Das jahrelange Gefälligkeitsspiel, Thyssen-Krupp immer neue Baugenehmigungen zuzugestehen, zeugt weder von Stadtplanung im Sinne der Allgemeinwohls, noch von Rücksichtnahme auf die real existierenden Menschen.

Insbesondere der Mülheimer SPD werfen wir vor, dass sie mit der Heimaterde und ihren Bewohnern ein

Erinnert sei auch an den NRZ-Artikel von Juni 04: In "Heimaterde, Filet vom Feinsten" schrieb Prof. Roland Günter u.a. "... versprach Dagmar Mühlenfeld als Kandidatin ..., wenn sie die Wahl gewinne. Sie gewann. Und seither laviert sie, verschiebt, fintiert, gibt doppeldeutige nichtssagende Statements - so dass sich jetzt Bürger betrogen fühlen"

Die MBI werden weiterhin versuchen, sich dafür einzusetzen, dass

- * in der schützenswerten Siedlung Heimaterde durch einen wenig verwässerten Denkmalschutz die Lebensqualität und die soziale Struktur soweit erhalten wird, wie das noch möglich sein kann
- * dass endlich die zerstörerischen Ziele der Bebauungspläne F 11 und F 12 ganz schnell per offiziellem Beschluss aufgehoben werden.

Thyssen-Krupp-Mieter vor Verkaufsfolgen besser schützen! Handlungsbedarf durch Verkauf von Werkswohnungen in der Heimaterde

Handlungsbedarf schafft der geballte Verkauf von Werkswohnungen im Ruhrgebiet. Insgesamt haben Viterra, die Bundesversicherungsanstalt Gagfah, die Eisenbahner-Wohnungsgesellschaft und nun auch noch Thyssen-Krupp und das RWE allein in diesem Jahr rund 110.000 Wohnungen im Ruhrgebiet an Finanzkonsortien verkauft. Damit ist der Bestand an Wohnungen von früher gemeinnützigen Wohnungsunternehmen drastisch reduziert worden. Unbedingt verhindert werden muss, dass die Verkäufe zu Nachteilen für die jetzigen Mieter der Wohnungen führen. Dafür müssen auch die Oberbürgermeisterin und der Rat und auf Landesebene der Wohnungsbauminister ihr Gewicht in die Waagschale werfen, solange dies noch geht!

"Wir erwarten, dass Thyssen-Krupp seinen Mietern wenigstens die gleichen Garantien gibt, wie Anfang des Jahres Viterra in den Nachbarstädten," so MBI-Fraktionssprecher Lothar Reinhard. "Davon kann bisher keine Rede sein. Die Mieter/innen von Thyssen-Krupp erfuhren genau wie wir aus den Medien vom Abschluss des Verkaufs an die US-Bank Morgan Stanley und die Corpus-Immobiliengruppe. Wir unterstützen die Forderungen, die auch der Betriebsrat von Thyssen-Krupp-Immobilien erhoben hat:

„Ein dauerhafter Kündigungsschutz, ein lebenslanges Wohnrecht insbesondere für Mieter/innen über 60 Jahre und Schutz vor Mieterhöhungen.“

In Zeiten von Hartz IV, zunehmender Arbeitslosigkeit, Lohnverzicht auf breiter Front und drastischen Gebührenerhöhungen in vielen Bereichen der Grundversorgung (zuletzt Strom, Wasser, Heizung) werden aber gerade in den ehemaligen Werkswohnungen immer mehr Menschen an den Rand gedrückt. Nicht wenige werden nicht einmal in der Lage sein, ihre Wohnungen selbst zu kaufen. Bei

vielen älteren und langjährigen ist es zudem nicht sinnvoll, ihre Wohnung zu kaufen, selbst wenn sie könnten. Deshalb muss für alle Mieter ein dauerhafter Schutz festgeschrieben werden! Viele Mieter der Heimaterde sind ehemalige Kruppianer, deren Arbeitsplätze zwar z.T. von Krupp abgebaut wurden, die aber in den ehemaligen Werkswohnungen weiterhin ihr langjähriges Lebensumfeld haben.

Friedhofsruhe durch Abschaffung unabhängigen Kontrollen und Ächtung jeder Kritik?!

MALZ-Mitarbeiter hatten moniert, dass bis zu 80% der in ihrer Beratung aufgetauchten ALG-Bescheide z.T. gravierende Fehler aufwiesen. Der Referent von OB Mühlenfeld U. Ernst nennt die MALZ-Zahlen unseriös, wirft ihr Panikmache vor und glaubt: „Das MALZ sucht Begründungen für seine Weiterexistenz und trägt seine Interessen auf dem Rücken Betroffener aus.“ (Zitat aus der WAZ). Die Logik des „Projektleiters des Mülheimer Optionsmodells“ ist perfide und unfair: zum einen wird der MALZ absichtliche Lüge aus niederen Motiven unterstellt, zum anderen soll mit derartiger Diffamierung abgelenkt werden davon, dass insbesondere die Mülheimer SPD zu verantworten hat, wenn den zu Recht Verunsicherten und von Verarmung, 1-Euro-Jobs, Verlust von Wohnung u.v.m. bedrohten ALG II-Beziehern ab 1. Jan. auch noch die letzte unabhängige Beratungsstelle im MALZ entzogen wird. Nach mittelalterlicher Logik wurde zuerst der Überbringer schlechter Nachricht erschlagen, und heute?

Was nämlich ab 1. Jan. mit Hartz IV auf die ALG II-Empfänger zukommt, ob und wie die Stadt Mülheim das - als dann alleine zuständige Optionsstadt - geregelt bekommt, wie sie mit Ermessensspielräumen umgeht und, und ... steht alles völlig in den Sternen! Mehr als bedenklich ist es außerdem, dass auch und besonders beim Optionsmodell Mülheim eine Kontrolle und Mitsprache durch die demokratisch gewählten Volksvertreter abgelehnt wurde. Der von

den MBI beantragte entscheidungsfähige Hartz IV-Ausschuss wurde diskussionslos niedergestimmt, der folgende MBI-Antrag, dann wenigstens dem Sozialausschuss eine Hartz IV-Kommission (für Kriterien, Kontrolle, Beschwerden u.v.m.) zuzuordnen, per Verweis auf ein „internes Beschwerdemanagement“ weggetan. Dafür fällt eine nie demokratisch legitimierte „Lenkungsgruppe“ unter Leitung des demokratisch ebensowenig legitimierten U. Ernst alle wichtigen Entscheidungen.

Unseriös ist bisher vor allem eines: Obwohl der Bund nur 6 Jahre Garantie für das Optionsmodell gibt, hat die Stadt mit Projektleiter U. Ernst das Easy-Gebäude am Bahnhof für 15 Jahre angemietet trotz vieler Einwände im Rat am 4. Nov. aus verschiedenen Fraktionen, am Schluss sogar aus seiner eigenen SPD!

Ausblick aus einem Rückblick: Clement ist für Mülheim kein Optionsmodell!

„Tut mir leid Jungs“ sprach OB Baganz im Nov. 2002 und weg war er. Angeblich hatte er es als nicht so bedeutend eingeschätzt, mit der Gutachterin eine Beziehung zu haben, die die Stadt zu unsauberen Verkäufen und abenteuerlichen Umstrukturierungen usw. ge- und beraten hatte.



Mülheim heute ist fast identisch mit der NRW-Situation Mitte 2002, man ersetze nur den „Machiavellisten“ Clement durch unsere „Donna Berlusconi“ Mühlenfeld:

Haushalt hoffnungslos und total im Teich, am Prestigehauptprojekt beißt kein Investor an, die Aufsichtsbehörden zeigen aus Selbstschutz heraus die rote

Karte (bei Clement der Bundesrechnungshof, bei Mühlenfeld der RP) und dennoch eskalieren beide ohne Rücksicht auf Betroffene und eigene Leute weiter bis zur Zerreißprobe. Clement z.B. wollte die Bezirkspersonalräte abschaffen, weil sie gegen seinen Metro-rapid stimmten und Mühlenfeld setzt mit der Mißachtung des Wähler-votums bei der Ausschussbildung sofort nach den Wahlen sogar noch eins drauf. Wie Clement damals mit Studenten, Jugendverbänden oder Schulen legt sich die



Die Methode Clement ist für uns Mülheimer kein Optionsmodell und unsere erste Forderung bleibt, dass „Donna Berlusconi“, alias Dagmar Mühlenfeld, unverzüglich ihren SPD-Vorsitz abgibt, damit sie endlich zuallererst den Mülheimer/innen und erst viel später ihrer Partei verpflichtet zu sein braucht. Derartige Selbstverständlichkeiten sind selbst in Gelsenkirchen nicht mehr diskutabel, in Mülheim aber Realität.

Auch deshalb brauchen wir Mülheimer
**mehr Transparenz und Bürgernähe, Filzabbau
und saubere Entscheidungen nötiger denn je!**

„Tut mir leid Mädels“ könnte OB Mühlenfeld demnächst sagen, wenn sie im Stile ihres Vorbilds Clement dem dringenden Ruf nach Düsseldorf folgen werden muss und andere den unüberschaubaren Ruhrbania-Scherbenhaufen verwalten und schönreden müssen wie einst Steinbrück das Desaster um Metrorapid, WestLB und andere „Clementinos“.

Mülheimer „Madame Clementina“ mit allem und jedem an, der nicht als allererstes ihre missionarische Ruhrbania-„Vision“ genauso fanatisch mit bejubelt, ob Künstler, Gewerkschafter, MBI u.v.m.

Die Mülheimer CDU wirkt inzwischen wie die letzte politische SPD-Bastion! Das war beim Metrorapid so, das ist bei Ruhrbania so und das wäre auch in 100 Jahren noch so, wenn nicht die Realitäten fundamental andere geworden wären. Auch die Leserbriefe in WAZ+NRZ sprechen dazu eine mehr als deutliche Sprache!

Die MBI, einzige deutlich von den Wählern gestärkte Fraktion im Stadtrat, wollen genauso wie die noch viel größere Zahl der Mülheimer Nichtwähler das seit Jahren eingübte Spiel der Parteien so nicht mehr. Finanziell ist es sowieso nicht mehr tragbar.

